



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Herrn Stephan Brandner  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 10557 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de)

DATUM 4. April 2024

BETREFF **Schriftliche Frage Monat März 2024**  
HIER Arbeitsnummer 3/463

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen  
in Vertretung

Rita Schwarzelühr-Sutter

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Stephan Brandner  
vom 27. März 2024  
(Monat März 2024, Arbeits-Nr. 3/463)

---

Frage

*Wie hoch war jeweils die Anzahl linksextremer "Gefährder", "relevanter Personen" und "gewaltorientierter Personen" in Deutschland jeweils in den Jahren von 2015 bis 2023 (bitte getrennt nach Jahresscheiben aufschlüsseln)?*

Antwort

Für die Jahre 2015 bis einschließlich 2022 (im Falle des linksextremen Personenpotenzials: 2021) wird auf die Antwort der Bundesregierung auf Ihre Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/7148, Nr. 66 verwiesen.

Darüber hinaus liegen der Bundesregierung für das Jahr 2023 Informationen über neun Gefährder und 73 Relevante Personen im Phänomenbereich Linksextremismus vor.

Die Zahlen zu Gefährdern und Relevanten Personen werden im Jahresverlauf regelmäßig aktualisiert. Bei den o.g. Zahlen handelt es sich – analog zur Systematik in der genannten Antwort auf die Schriftliche Frage auf Bundestagsdrucksache 20/7148, Nr. 66 – um die erste Erhebung des Jahres 2023.

Im Jahr 2022 belief sich das gewaltorientierte linksextreme Personenpotenzial auf 10.800. Die Angaben zum gewaltbereiten Personenpotenzial für das Jahr 2023 befinden sich in der Abstimmung und werden mit der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2023 bekanntgegeben.